

# Schulen vorschnell verkauft?

Ärger für den Senat: Lehrerkammer, Eltern und Gewerkschaften kritisieren die geplante Schließung von Förderschulen

Von SANDRA SCHÄFER

Werden Förderschulen vorzeitig geschlossen, damit durch Gebäude- und Grundstücksverkäufe Geld in die Kassen der Stadt fließt? Diese Befürchtung äußern Lehrerkammer und betroffene Eltern. So soll die Schule Pröbenweg (Hamm) bald aus ihrem Gebäude ausziehen, damit auf dem Gelände Wohnungen gebaut werden können. Für die Kinder bedeutet das deutlich weitere Schulwege.

Sie sind laut und aggressiv oder ganz besonders verträumt und unkonzentriert. Manche sprechen ein ganzes Schuljahr lang nicht oder

stören häufig den Unterricht. An Förderschulen werden Kinder (meist Jungen) unterrichtet, die große Probleme beim Lernen haben und die in ihrer sprachlichen und emotionalen Entwicklung weit zurück sind. Dazu gehören oftmals Kinder mit ADHS. Seit zwei Jahren können Eltern sich entscheiden, ob sie diese Kinder an eine Förderschule geben oder sie an einer regulären Schule anmelden.

Mittlerweile geht schon jedes dritte Förderkind auf eine normale Grund- oder Stadtteilschule. Förderschulen hingegen schrumpfen – der Pröbenweg von 130 auf 107 Kinder. Die Schulbehörde plant nun, die 25 Förder-



Mütter von der Förderschule Pröbenweg in Hamm kämpfen für den Erhalt der Schule: Sabine Bauer, Aja Scheer und Ines Köhler (v.l.)

schulen auf 13 Bildungszentren einzudampfen. Für die Kinder, die weiterhin auf Förderschulen gehen sollen, werden die Schulwege auto-

matisch länger.

Streit entbrennt nun darüber, wie schnell die Förderschulen geschlossen und umgewandelt werden. Einen

vorgegebenen Zeitplan gibt es nicht. „Wir werden an jeder einzelnen Förderschule nach den Anmeldezahlen entscheiden“, sagt Behördensprecher Peter Albrecht.

Die Lehrerkammer hält es aber für falsch, jetzt schon funktionierende Schulen wie den Pröbenweg zu schließen und die Kinder in Bildungszentren umzusiedeln. Kammer-Chef Lorenz Iversen: „Das ist ein Schnellschuss, die Behörde sollte lieber die weitere Entwicklung der Schülerzahlen abwarten.“

Denn Lehrerkammer und Gewerkschaften rechnen damit, dass unzufriedene Eltern ihre Kinder nach einiger Zeit vielleicht doch lieber

wieder an eine Förderschule wechseln lassen. Nämlich dann, wenn sie im Unterricht nicht richtig mitkommen. „Die Gefahr besteht, weil die Stadtteilschulen für die Betreuung dieser Kinder nicht ausreichend mit Personal ausgestattet wurden“, so Ulrich Hoch von der GEW.

Trotzdem soll der Pröbenweg nun dem Wohnungsbau weichen. Dabei ist es im weiten Umkreis die einzige Förderschule. Kammer-Chef Iversen warnt: „Die Behörde sollte sich nicht von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Insbesondere da es für die betroffenen Kinder des Pröbenwegs keinen angemessenen Ersatz-Standort gibt.“